



Fachbereich WD 4

Von den deutschen Seehäfen induzierte Steuereinnahmen

Von den deutschen Seehäfen induzierte Steuereinnahmen

Aktenzeichen: WD 4 - 3000 - 015/26
Abschluss der Arbeit: 13.04.2026
Fachbereich: WD 4: Haushalt und Finanzen

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Fragestellung	4
2.	Hamburger Hafen	4
2.1.	Geschätzte Steuerzahlungen	4
2.2.	Methodik bei der Schätzung der Steuerzahlungen	6
3.	Niedersächsische Seehäfen	8
4.	Rostocker Hafen	9
5.	Exkurs: Schätzung der Reaktion der Bemessungsgrundlagen von Steuern bei Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität („Basis-Elastizitäten“)	10

1. Fragestellung

Es wird um die Auswertung vorhandener Studien mit dem Ziel gebeten, die Steuereinnahmen zu ermitteln, die direkt oder indirekt auf den Betrieb der Seehäfen in den fünf Küsten-Bundesländern zurückgehen.

2. Hamburger Hafen

2021 stellte das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) gemeinsam mit drei anderen Instituten (Economic Trends Research – ETR; Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen CML; Ramboll) eine Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Hamburger Hafens vor.¹ Darin wurden auch die steuerlichen Effekte der Hafenwirtschaft auf die Metropolregion Hamburg und das übrige Bundesgebiet geschätzt.

2.1. Geschätzte Steuerzahlungen

In Tabelle 1 sind die in der Studie geschätzten Steuerzahlungen der initial, indirekt und induziert vom Hamburger Hafen abhängigen² Wirtschaft in der Metropolregion Hamburg zusammengefasst. Zur Metropolregion Hamburg gehören Hamburg plus Teile von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die hafenabhängige Wirtschaft löst durch ihre Aktivitäten Zahlungen verschiedener Steuerarten aus. Hier seien insbesondere die Umsatzsteuer und Einkommensteuer sowie die Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer relevant.

Aus Tabelle 1 lässt sich entnehmen, dass durch die Aktivitäten der vom Hamburger Hafen abhängigen Unternehmen sowie durch die indirekten und induzierten Effekte im Jahr 2019 Steuerzahlungen in Höhe von 1.533,5 Millionen Euro in der Metropolregion Hamburg entstanden sind. Darauf entfielen auf die Freie und Hansestadt Hamburg als Teil der Metropolregion 1.197,8 Millionen Euro. Über die Metropolregion hinaus entstanden weitere Steuerzahlungen in Höhe von 1.040,3 Millionen Euro, sodass die vom Hamburger Hafen abhängige Wirtschaft bundesweit 2.573,8 Millionen Euro an Steuerzahlungen anstieß.

1 Bräuninger, Michael; Fiedler, Ralf; Friedrich, Thorsten; Küchle, Julius; Maatsch, Sönke; Schlennstedt, Jobst; Stiller, Silvia; Teuber, Marc-Oliver: [Untersuchung der regional- und gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Hamburger Hafens](#), Studie des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) gemeinsam mit Economic Trends Research (ETR), Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen (CML) und Ramboll im Auftrag der Hamburg Port Authority, Endbericht Februar 2021, abgerufen am 17. März 2026.

2 Zum Unterschied zwischen hafenabhängiger Wirtschaft und hafenbezogener Wirtschaft vergleiche Kapitel 2.2.

Tabelle 1: Geschätzte Steuerzahlungen der initial, indirekt und induziert vom Hamburger Hafen abhängigen Wirtschaft, Quelle siehe Fußnote 1, Seite 61ff., eigene Darstellung, eigene Berechnungen.

Steuerart	gesamt Mio. € (%)	übriges Bundesge- biet Mio. € (%)	Metropol- region gesamt Mio. € (%)	Metropolteil Hamburg Mio. € (%)	Metropolteil Schleswig- Holstein Mio. € (%)	Metropolteil Nieder- sachsen Mio. € (%)	Metropolteil Mecklen- burg-V. Mio. € (%)
Umsatz- steuer	1.260,6	511,4 (40,6)	749,2 (59,4)	628,0 (83,8)	64,1 (8,6)	44,0 (5,9)	13,1 (1,7)
Einkom- mensteuer	958,6	408,1 (42,6)	550,5 (57,4)	364,0 (66,2)	113,0 (20,5)	63,0 (11,5)	10,0 (1,8)
Gewerbe- steuer	209,7	72,9 (34,8)	136,8 (65,2)	118,7 (86,8)	≈11,0 (≈8,0)	≈6,0 (≈4,4)	≈2,0 (≈1,5)
Körper- schaftsteuer	144,9	47,9 (33,1)	97,0 (66,9)	86,8 (89,5)	≈7,0 (≈7,2)	≈3,0 (≈3,1)	≈1,0 (≈1,0)
Summe	2.573,8	1.040,3	1.533,5	1.197,8	195,1	116,0	26,1

Der Anteil Hamburgs an den gesamten Einkommensteuerzahlungen war mit 66,2 Prozent deutlich geringer als bei den anderen Steuerarten. Dies sei auf die Pendlerströme zurückzuführen, weil das Einkommen am Wohnort versteuert werde und Hamburg einen deutlichen Einpendlerüberschuss im Vergleich zu den übrigen Teilen der Metropolregion aufweise. Am meisten profitierte davon der schleswig-holsteinische Teil der Metropolregion.

Die Gewerbesteuerhebesätze schwankten zum Zeitpunkt der Schätzung zwischen durchschnittlich 341 Prozent im mecklenburg-vorpommerischen Landkreis Nordwestmecklenburg und 470 Prozent in Hamburg.

Tabelle 2 enthält die Differenzierung der Steuerzahlungen in der Metropolregion Hamburg in direkte Effekte des Hamburger Hafens und in Investitionen, indirekte und induzierte Effekte. Es zeigt sich, dass mindestens 64 Prozent der verschiedenen Steuerzahlungen aus der direkten wirtschaftlichen Tätigkeit im Hamburger Hafen resultieren.³

3 Bräuninger, Michael; Fiedler, Ralf; Friedrich, Thorsten; Küchle, Julius; Maatsch, Sönke; Schlennstedt, Jobst; Stiller, Silvia; Teuber, Marc-Oliver: [Untersuchung der regional- und gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Hamburger Hafens](#), Studie des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) gemeinsam mit Economic Trends Research (ETR), Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen (CML) und Ramboll im Auftrag der Hamburg Port Authority, Endbericht Februar 2021, Seite 61ff., abgerufen am 17. März 2026.

Tabelle 2: Anteil der direkten Effekte und der Investitionen, indirekten und induzierten Effekte der geschätzten Steuerzahlungen der vom Hamburger Hafen abhängigen Wirtschaft, Quelle siehe Fußnote 1, eigene Darstellung, eigene Berechnungen.

Steuerart	direkte Effekte	Investitionen, indirekte und induzierte Effekte
Umsatzsteuer	479,3 Mio. € (64,0%)	269,9 Mio. € (36,0%)
Einkommensteuer	376,2 Mio. € (68,3%)	174,3 Mio. € (31,7%)
Gewerbsteuer	87,6 Mio. € (64,0%)	49,2 Mio. € (36,0%)
Körperschaftsteuer	≈64,0 Mio. € (66,0%)	≈33,0 Mio. € (34,0%)

Abschließend stellten die Verfasser der Studie klar, dass wegen der Steuerverteilungs- und Finanzkraftausgleichsvorgaben der Artikel 106 und 107 Grundgesetz und einfacher Gesetze aus den geschätzten Steuerzahlungen nicht auf die zusätzlichen, im Zusammenhang mit dem Hamburger Hafen stehenden Haushaltsmittel in den Bundesländern geschlossen werden kann. Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer sind Gemeinschaftsteuern, die auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden. Der Umsatzsteueranteil der Länder gleicht die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen aus.⁴

2.2. Methodik bei der Schätzung der Steuerzahlungen

Im Rahmen der Studie zum Hamburger Hafen wurde zwischen wirtschaftlichen Tätigkeiten mit Bezug zum Hamburger Hafen einerseits und vom Hamburger Hafen abhängigen Tätigkeiten andererseits unterschieden. Ein Bezug zum Hafen liege vor, wenn zur Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit eine Nutzung des Hamburger Hafens im Berichtsjahr stattfinde. Dies betreffe Tätigkeiten, die direkt mit dem Schiffsverkehr und Warenumschat verbunden seien, aber auch über Transportketten im Hinterland (Transportunternehmen, Speditionen, Packzentren und Lagerei, Industrie). Eine Abhängigkeit vom Hamburger Hafen liege vor, wenn die wirtschaftliche Tätigkeit bei Einstellung des Hafenbetriebs nicht mehr am Standort fortgeführt werden könne. Weil die Einstellung des Hafenbetriebs über die Einstellung des wasserseitigen Frachtumschlags beziehungsweise die wasserseitige Passagierabfertigung definiert werde, seien Umschlagstätigkeiten im Hafen Hamburg definitionsgemäß hafenabhängig. Bei allen anderen Tätigkeiten sei diese Abhängigkeit gezielt zu untersuchen, um Aussagen über die wirtschaftlichen Effekte des Hamburger Hafens abzuleiten.

Die hafenabhängige Wirtschaft löst durch ihre Aktivitäten Zahlungen verschiedener Steuerarten aus. Hier seien insbesondere die Umsatzsteuer und Einkommensteuer sowie die Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer relevant. Als Basis für die Steuereffekte sei aus Vorsichtsgründen

4 Bräuninger, Michael; Fiedler, Ralf; Friedrich, Thorsten; Küchle, Julius; Maatsch, Sönke; Schlennstedt, Jobst; Stiller, Silvia; Teuber, Marc-Oliver: [Untersuchung der regional- und gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Hamburger Hafens](#), Studie des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) gemeinsam mit Economic Trends Research (ETR), Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen (CML) und Ramboll im Auftrag der Hamburg Port Authority, Endbericht Februar 2021, Seite 92f., abgerufen am 17. März 2026.

ausschließlich die hafenabhängige Wirtschaft einschließlich der durch sie ausgelösten Investitionen, indirekten und induzierten Effekte herangezogen worden.

Die wichtigste Quelle für zeitnah verfügbare branchen- und sektorübergreifende Daten zu den Umsätzen der Unternehmen sei die Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) des Statistischen Bundesamtes. Sie erfasse neben weiteren Kennzahlen auf Bundesebene insbesondere die Anzahl der Steuerpflichtigen, die steuerbaren Umsätze für Lieferungen und Leistungen sowie die Umsatzsteuerzahlungen auf der statistischen Abgrenzungsebene der Wirtschaftsunterklassen⁵ und somit in einem sehr hohen Detailgrad. Auf Ebene der Bundesländer stünden die Informationen aus Geheimhaltungsgründen lediglich auf Ebene der Wirtschaftsabteilungen oder -gruppen zur Verfügung. Hier sei außerdem zu beachten, dass auf regionaler Ebene das sogenannte Organisationsprinzip greife: Seien mehrere Betriebe finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in ein Unternehmen eingegliedert, so würden die einzelnen Meldungen am Sitz der Geschäftsleitung dieses Unternehmens (Organträger) zusammengefasst und dem dort ansässigen Finanzamt übermittelt. Dies führe dazu, dass der Entstehungsort des Umsatzes (Betrieb) nicht zwangsläufig auch dem Meldeort (Unternehmen) entspreche, sodass die Daten der Umsatzsteuerstatistik auf regionaler Ebene in Bezug auf die Entstehung des Umsatzes nur eingeschränkt interpretierbar seien.

Auf der sektoralen Abgrenzungsebene der Input-Output-Tabelle (72 Sektoren) werde für jeden Sektor der durchschnittliche Umsatzsteuersatz für Lieferungen und Leistungen auf Basis der Umsatzsteuerstatistik berechnet. Für den direkten Effekt würden die wirtschaftszweigspezifischen Umsatzsteuerdaten für Hamburg herangezogen. Diese stünden allerdings maximal auf Ebene der Wirtschaftsgruppen zur Verfügung. Für die Wirtschaftszweige der hafenabhängigen Wirtschaft auf Ebene der Wirtschaftsklassen beziehungsweise -unterklassen würden die bundesweiten Umsatzsteuer-Daten auf der benötigten Abgrenzungsebene verwendet. Für die Investitionen sowie die indirekten und induzierten Effekte, die im übrigen Bundesgebiet anfielen, würden die bundesdeutschen Daten verwendet. Die Wertschöpfungseffekte würden anschließend auf sektoraler Ebene mit dem jeweiligen Steuersatz gewichtet.

Zur Ableitung der durch den Hamburger Hafen angestoßenen Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerzahlungen würden die Bundes- und die Länderergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Körperschaftsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes verwendet.

Die Abschätzung der Einkommensteuerzahlung basiere auf den Bruttolöhnen und Bruttogehältern, die sich im Zuge der initialen, indirekten und induzierten Effekte einstellten. Um den Steueranteil an diesem Einkommen zu ermitteln, werde auf die Lohn- und Einkommensteuerstatistik zurückgegriffen, die es ermöglicht, den durchschnittlichen Steuersatz, der sich aus der Relation von festzusetzender Einkommensteuer und dem Einkommen ergibt, für das jeweils betroffene Bundesland beziehungsweise bundesweit abzuschätzen. Die Ermittlung der Einkommensteuerzahlungen, die auf den Aktivitäten der vom Hamburger Hafen abhängigen Wirtschaft basierten, erfolge dann durch die Gewichtung der generierten beziehungsweise gesicherten Bruttolöhne und Bruttogehälter mit diesem Steuersatz. Hierbei sei zu beachten, dass die Einkommen am

5 Die Unterklasse 52.22.2 (Betrieb von Häfen) umfasst den Betrieb von Abfertigungseinrichtungen wie Häfen und Anlegestellen, vergleiche Statistisches Bundesamt: [Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008](#), abgerufen am 20. März 2026.

Wohnort zu versteuern seien. Dies werde in der Studie durch die Berücksichtigung der Pendlerverflechtungen abgebildet.

Zur Berechnung der durch den Hamburger Hafen angestoßenen Gewerbesteuerzahlungen würden Daten zum Gewerbesteueraufkommen aus dem Realsteuervergleich der statistischen Ämter des Bundes und der Länder entnommen. Bei Kapitalgesellschaften wird der gesamte Gewinn, bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen der über den Freibetrag hinausgehende Gewinn mit dem bundesweit einheitlichen Steuersatz in Höhe von 3,5 Prozent multipliziert und darauf der von den Gemeinden festgelegte Hebesatz angewandt.

Weil die Verteilung der hafenabhängigen Unternehmensgewinne auf Personen- und Kapitalgesellschaften sowie insbesondere die exakte Höhe des zu versteuernden Gewinns nicht bekannt sind, wird für die Ermittlung der von der hafenabhängigen Wirtschaft ausgelösten Gewerbe- und Körperschaftsteuerzahlungen das Verhältnis zwischen Gewerbesteuer- beziehungsweise Körperschaftsteueraufkommen und der Differenz von Bruttowertschöpfung und Arbeitnehmerentgelt – als beste Näherung für die Unternehmensgewinne – verwendet. Dabei werden für den direkten Effekt und die Investitionen sowie die indirekten und induzierten Effekte innerhalb der Metropolregion Daten für die betroffene Teilregion genutzt, während für die im übrigen Bundesgebiet anfallenden Wirkungen bundesdeutsche Werte angesetzt werden.⁶

3. Niedersächsische Seehäfen

Ein Gutachten von Holocher und Wengelowski⁷ ermittelte für das Jahr 2023 die Beschäftigung, die von den niedersächsischen Seehäfen Brake, Cuxhaven, Emden, Leer, Nordenham, Oldenburg, Papenburg, Stade und Wilhelmshaven abhängt. Gemessen wurde die Beschäftigung in Form von Arbeitsplätzen. Eine Hafenabhängigkeit des Arbeitsplatzes bestehe dann, wenn dieser ohne das Vorhandensein eines Hafens beziehungsweise des Zugangs zu seeschifftiefem Wasser an dem jeweiligen Standort wegfallen würde. Neben der hafenbedingten Wertschöpfung wurden auch die Steuereinnahmen für das Land Niedersachsen abgeschätzt.

Als Steuerarten, die auf die hafenabhängige Wirtschaftstätigkeit zurückzuführen sind, werden Lohn-, veranlagte Einkommen-, Körperschaft-, Umsatz- und Gewerbesteuer herangezogen. Zur Ermittlung der hafenabhängigen Steuereinnahmen wird auf die Angaben des Statistischen Bundesamtes verwiesen, das Angaben zu den kassenmäßigen Steuereinnahmen der Länder veröffentlicht. Diese Steuereinnahmen werden jeweils nur als Gesamtwert für Niedersachsen ausgewiesen. Um Werte für die hafenabhängige Beschäftigung zu erhalten, werden die Steuern pro Erwerbstätigen in Niedersachsen, basierend auf der Erwerbstätigenstatistik, errechnet und mit der

6 Bräuninger, Michael; Fiedler, Ralf; Friedrich, Thorsten; Küchle, Julius; Maatsch, Sönke; Schlennstedt, Jobst; Stillner, Silvia; Teuber, Marc-Oliver: [Untersuchung der regional- und gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Hamburger Hafens](#), Studie des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) gemeinsam mit Economic Trends Research (ETR), Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen (CML) und Ramboll im Auftrag der Hamburg Port Authority, Endbericht Februar 2021, Seiten XIII f., 4 f., 8 f., 11, 30 und 31 f., abgerufen am 17. März 2026.

7 Holocher, Klaus Harald; Wengelowski, Peter: [Beschäftigungseffekte der niedersächsischen Seehäfen](#), im Auftrag der Niedersachsen Ports, Februar 2025, abgerufen am 20. März 2026. Siehe auch WD 5 – 3000 – 021/26: Beschäftigungseffekte des Seehafenbetriebs in den fünf deutschen Küstenbundesländern - Eine Übersicht empirischer Studien.

Anzahl der hafenabhängig Beschäftigten, laut Studie 74.437, multipliziert. Abbildung 1 zeigt die Schritte zur Berechnung der Steuereinnahmen durch hafenabhängige Beschäftigung in Niedersachsen 2023, die sich demnach auf rund 783 Millionen Euro belaufen.

Abbildung 1: Berechnung der Steuereinnahmen durch hafenabhängige Beschäftigung in Niedersachsen 2023, Quelle siehe Fußnote 7, Seite 41.

kassenmäßige Steuereinnahmen in Niedersachsen 2023	
Lohnsteuer	16.087.616
veranlagte Einkommensteuer	6.914.971
Körperschaftsteuer	3.134.124
Umsatzsteuer	12.220.595
Gewerbesteuer brutto	6.247.370
Summe relevante Steuern in 1.000. €	44.604.676
Erwerbstätige in Niedersachsen in 1.000	4.240,4
Steuereinnahmen pro Erwerbstätigen in €	10.519,0
hafenabhängig Beschäftigte	74.437
Steuereinnahmen durch hafenabhängige Beschäftigung in €	783.001.195

Auch in dieser Studie weisen die Autoren darauf hin, dass auf diese Steuereinnahmen noch die Steuerverteilung im föderalen Staat angewandt werde. Die ermittelten hafenabhängigen Steuereinnahmen könnten daher nicht mit den Haushaltsmitteln (aus Steuern) im Landeshaushalt verglichen werden.⁸

4. Rostocker Hafen

Im Dezember 2020 veröffentlichte Rostock Port eine Pressemitteilung, wonach sich die durch den Hafen Rostock insgesamt hervorgerufenen Steuerzahlungen im Jahr 2019 auf mindestens 366 Millionen Euro summierten, sowohl durch die direkt hafenaffine Wirtschaft als auch durch die indirekt davon abhängigen Zulieferer, davon 55 Millionen Euro auf kommunaler Ebene. Die Pressemitteilung bezog sich auf eine seinerzeit veröffentlichte Studie von Ramboll, des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik sowie Economic Trends Research im Auftrag von Rostock Port. Dafür seien mehr als 500 Hafenbetriebe, Behörden und von der Rostocker Hafenwirtschaft abhängige Unternehmen umfassend befragt worden. Erhoben und analysiert worden seien Daten aus dem Jahr 2019 und wegen der Corona-Pandemie nachträglich im Herbst 2020. Gegenstand der Untersuchung seien die aus dem Betrieb des Überseehafens, des Fracht- und Fischereihafens,

8 Holocher, Klaus Harald; Wengelowski, Peter: [Beschäftigungseffekte der niedersächsischen Seehäfen](#), im Auftrag der Niedersachsen Ports, Februar 2025, Seiten 4ff. und 40f., abgerufen am 20. März 2026.

der Werkshäfen von Yara und Alba Nord in Rostock sowie des Kreuzfahrthafens Warnemünde resultierenden wirtschaftlichen Effekte.⁹

Der Nachhaltigkeitsbericht 2023 von Rostock Ports¹⁰ schlüsselte die Steuereffekte der oben genannten Studie in Umsatzsteuer, Lohnsteuer/Einkommensteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer auf. Mit Ausnahme der Umsatzsteuer sind auch Vergleichswerte für die Jahre 2005, 2008 und 2013 ausgewiesen. Diese Angaben sind in Tabelle 3 zusammengefasst.

Tabelle 3: Steuerliche Effekte der Rostocker Hafenwirtschaft 2005 bis 2019, Quelle siehe Fußnote 10, Seite 33.

in Euro	2005	2008	2013	2019
Umsatzsteuer	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	196.000.000
Lohnsteuer/ Einkommensteuer	29.834.042	36.115.710	56.370.206	142.800.000
Gewerbesteuer	2.196.548	4.519.264	7.231.241	25.700.000
Grundsteuer	559.095	847.870	1.343.197	1.600.000

5. Exkurs: Schätzung der Reaktion der Bemessungsgrundlagen von Steuern bei Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität („Basis-Elastizitäten“)

Das Ausmaß der Steuermehr- oder -mindereinnahmen des Staates als Reaktion auf die Veränderung der Wirtschaftsleistung kann in Deutschland schon allein aufgrund der unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen und der unterschiedlichen Steuersätze nur geschätzt werden. Es existiert auch keine einschlägige Methode für eine solche Schätzung. So erarbeiten zum Beispiel die Mitglieder des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, eines Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, ihre Schätzvorschläge oftmals mit eigenen Methoden und Modellen. Diese Schätzvorschläge für jede Einzelsteuer sind Gegenstand der Diskussion im Arbeitskreis. Der Arbeitskreis erörtert jede Steuer so lange, bis ein Konsens erreicht worden ist, der von allen mitgetragen werden kann.¹¹

Ein Weg zur Schätzung findet sich bei der Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes im Rahmen der in den Artikeln 109 und 115 des Grundgesetzes¹² verankerten Schuldenbremse. Die modellbasierte Schätzung der Basis-Elastizitäten einzelner Steuern ist der zweite Schritt auf dem Weg zur Schätzung der sogenannten Budgetsemielastizität. Eine Semielastizität

9 Rostock Port: [Rostocker Hafenwirtschaft steigert kontinuierlich die Anzahl der Arbeitsplätze und bleibt Wirtschaftsmotor für Stadt und Land](#), Pressemitteilung vom 14. Dezember 2020, abgerufen am 19. März 2026.

10 Rostock Port: [Nachhaltigkeitsbericht 2023](#), abgerufen am 13. April 2026.

11 Bundesministerium der Finanzen: [Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“](#), 1. Oktober 2024, abgerufen am 1. April 2026.

12 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Bundesgesetzblatt Seite 1, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h) vom 22. März 2025, Bundesgesetzblatt I Nr. 94.

bezieht sich auf einen relativen und nicht, wie eine Elastizität, auf einen absoluten Wert. Die Budgetsemielastizität gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung des Bruttoinlandsproduktes, gemessen an der Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und geschätztem Produktionspotenzial (sogenannte Produktionslücke), reagieren. Die Budgetsemielastizität¹³ ist eines der Elemente zur Berechnung der Konjunkturkomponente¹⁴, mit denen der Budgetsaldo bereinigt werden muss, um die zulässige Nettokreditaufnahme des Bundes zu berechnen.¹⁵

Bestandteil einer Studie vom November 2022 des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) sind die Schätzungen der Basis-Elastizitäten einzelner Einnahmen- und Ausgabenkategorien der OECD¹⁶, der Europäischen Kommission, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (2022 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) und des Dezernats Zukunft. Die Elastizität der persönlichen Einkommensteuern ist in diesen Betrachtungen eine gewichtete Summe der drei Basis-Elastizitäten von Lohneinkommen, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Kapitaleinkommen, wobei die relativen Anteile dieser Kategorien am Bruttoinlandsprodukt als Gewichte dienen. Für die Körperschaftsteuer ist der Bruttobetriebsüberschuss die relevante Basisgröße. Die genannten Institutionen kamen mit ihren Annahmen zum Produktionspotenzial und bei verschiedenen Zeiträumen zu folgenden Basis-Elastizitäten:¹⁷

Tabelle 4: Basis-Elastizitäten von Teilen der persönlichen Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer hinsichtlich einer Änderung in der gesamtwirtschaftlichen Aktivität bei unterschiedlichen Produktionspotenzialschätzungen beziehungsweise Zeiträumen Quelle siehe Fußnote 17, Seite 19.

	Persönliche Einkommensteuer			Körperschaftsteuer
	Lohneinkommen	Selbständige Einkommen	Kapitaleinkommen	Bruttobetriebsüberschuss
OECD	0,70	1,90	1,32	1,20

- 13 Bundesministerium der Finanzen: Aufteilung der 2018 neu berechneten Budgetsemielastizität auf Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen, Monatsbericht April 2019, Seite 36.
- 14 § 5 des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes (Artikel 115-Gesetz – G 115) vom 10. August 2009, Bundesgesetzblatt I Seite 2702, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 2025 vom 30. September 2025, Bundesgesetzblatt I Nr. 231. Siehe dazu auch: Bundesministerium der Finanzen: [Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes](#), 21. Oktober 2025, Monatsbericht Oktober 2025, Seite 79ff. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: [Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial](#), 28. Oktober 2022. Beides abgerufen am 1. April 2026.
- 15 Heimberger, Philipp; Schütz, Bernhard: [Evaluierung des Zusammenhangs von Produktionspotenzial und Budgetsemielastizität im Rahmen der deutschen Schuldenbremse](#), Forschungsbericht Nr. 22 des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), November 2022, Seiten 11 und 13, abgerufen am 1. April 2026.
- 16 Price, Robert; Dang, Thai-Thanh; Guillemette, Yvan: [New Tax and Expenditure Elasticity Estimates for EU Budget Surveillance](#), OECD Economics Department Working Papers No. 1174, 11. Dezember 2014, Seiten 14 und 16, abgerufen am 1. April 2026.
- 17 Heimberger, Philipp; Schütz, Bernhard: [Evaluierung des Zusammenhangs von Produktionspotenzial und Budgetsemielastizität im Rahmen der deutschen Schuldenbremse](#), Forschungsbericht Nr. 22 des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), November 2022, Seite 19, abgerufen am 1. April 2026.

	Persönliche Einkommensteuer			Körperschaftsteuer
	Lohneinkommen	Selbständige Einkommen	Kapitaleinkommen	Bruttobetriebsüberschuss
Europäische Kommission	0,70	1,86	1,32	1,21
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	0,70	1,84	1,30	1,22
Dezernat Zukunft	0,49	2,10	1,46	1,45

So erhöht sich beispielweise nach den Schätzungen der OECD die Basis Kapitaleinkommen um 1,32 Prozent in Prozent des Produktionspotenzials, wenn die Quote von Bruttoinlandsprodukt zu Produktionspotenzial um 1 Prozent ansteigt.¹⁸

18 Heimberger, Philipp; Schütz, Bernhard: [Evaluierung des Zusammenhangs von Produktionspotenzial und Budgetsemielastizität im Rahmen der deutschen Schuldenbremse](#), Forschungsbericht Nr. 22 des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), November 2022, Seite 14, abgerufen am 1. April 2026.